



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

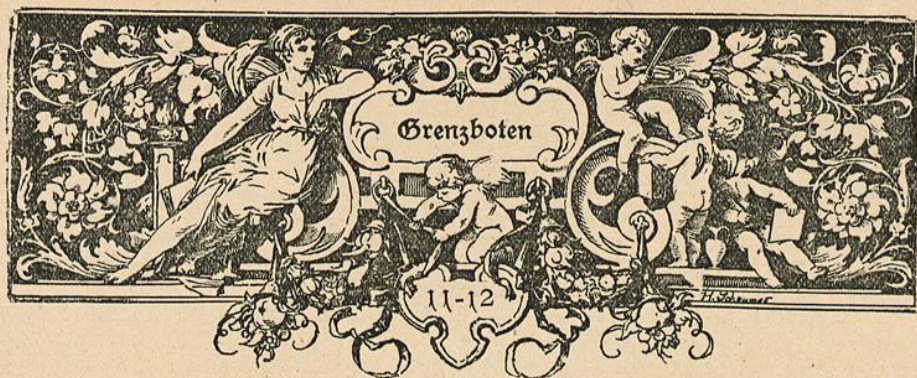
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cleinow, Georg: Die deutschen Volksräte in den Ostmark

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die deutschen Volksräte in der Ostmark

Von Georg Kleinow, 3. St. Bromberg



ie unglückselige Politik dreier Regierungen: der alten kaiserlichen mit ihrem Zickzackkurs, der kurzlebigen bürgerlich-demokratischen des Herbstes von 1918 und der eben am Ruder befindlichen sozialistischen, hat dazu geführt, daß das Deutsche Reich dicht an den Rand des materiellen, das deutsche Volk an den des moralischen Zusammenbruchs herangeführt ist. Die Lage ist so, daß in Ost und West, in Süd und Nord offene und heimliche Feinde ihre Zeit für gekommen halten, dem Deutschen Reiche Gebietsteile zu entreißen. Auch die politische Gedankenwelt mancher Kreise unseres Volkes ist derart verwildert, daß Männer, deren Namen bisher einen guten Klang im deutschen Volke hatten, glauben, ihre Stimme für Sonderorganisationen und Sonderbestrebungen erheben zu müssen. Eine wütende Agitation hatte obendrein dazu geführt, die historischen Grundlagen, und mit ihnen die gesunden Kräfte, die in einer tausendjährigen Vergangenheit aufwuchsen, gering zu achten, ja zu verachten. Nicht nur Elsaß-Lothringen und Schleswig sollen vom Reich losgerissen werden und werden auch von manchem leichtfertig preisgegeben. Im Osten sind es besonders die Polen, die gierig nach tausendjährigem deutschen Kulturbesitz die Hände ausstrecken und zum Teil rein deutsche Gebiete, wie Westpreußen mit Danzig und den Netzedistrikt, zusammen mit anderen Teilen der Ostmark vom Reiche abzureißen streben, um ihn mit dem bisher doch mehr theoretischen Gebilde eines polnischen Staates zu vereinigen. Die von der gegenwärtigen Regierung angenommenen Waffenstillstandsbedingungen, die Festsetzung der Demarkationslinie gegen Polen mitten durch den deutschen Netzedistrikt und ebenso die neuen Bedingungen für den Frieden machen es zusammen mit der neuen Revolution kaum noch wahrscheinlich, daß die Regierung genügend Kraft aufzubringen vermag, um die gewaltsame Lostrennung ganzer Provinzen vom Reich zu verhindern.

Weitblickende Männer haben das Unheil bereits, wenn auch nicht in diesen furchtbaren Ausmaßen, wie es vor uns steht, seit Monaten herankommen sehen und daraus ihre Folgerungen für die notwendige politische Arbeit gezogen. Sie haben schon vor Beginn des Weltkrieges eine Revision der deutsch-polnischen Beziehungen angestrebt und amtlichen Stellen entsprechende Vorschläge unterbreitet. Die Gründe, weshalb es nicht gelang, das Problem rechtzeitig zu lösen, sind so mannigfaltig, daß es unmöglich erscheint, für die Katastrophe eine Person oder eine Partei allein verantwortlich zu machen. Sie liegen ebenso in der inneren wie in der auswärtigen Politik und in den Gründen, die zu dem allgemeinen Zusammenbruch überhaupt führten. Wir würden auch unsere derzeitige Lage um nichts verbessern, wollten wir versuchen, die Schuldfrage jetzt schon zu entscheiden. Das mögen unsere hoffentlich glücklicheren Nachfahren besorgen! Wir müssen tatkräftig Hand anlegen, um aus dem Größten zunächst herauszukommen. Wir sind einfach gezwungen, aus eigener Kraft eine Revision der alten Verhältnisse

vorzunehmen und ohne uns in eine restlose Abhängigkeit von den großen politischen Entwicklungen zu begeben, dasjenige zu tun, was dem Gesamtdeutschtum frommt. Mußte schon die Teilnahme der polnischen Bevölkerung an den gewaltigen Lasten des Krieges dahin führen — und die preußische Regierung des alten Regimes hatte dieser Tatsache im März 1918 Rechnung getragen, — daß ein Unterschied in der Behandlung von Deutschen und Polen in Preußen fortfiel, so hat die Revolution alle Bedenken, die sich gegen eine völlige Gleichstellung der Polen mit den Deutschen erhoben, über den Haufen geworfen, indem sie die Tatsache der vollständigen Gleichheit zum Gesetz erhoben hat.

Diesem Umsturz der Verhältnisse sind die Deutschen in der Ostmark nicht gewachsen. Durch die alte Bürokratie vermöhnt und politisch uninteressiert erhalten, mangelt es ihnen an einer entsprechenden nationalen Organisation. Solange die Regierung des sogenannten Obrigkeitstaates das deutsche Element mit besonderer Fürsorge umgab, erschien eine solche auch überflüssig. Seit aber die „fürsorgliche Obrigkeit“ in Fortfall gekommen, muß das Deutschtum seinen Schutz, seine kulturellen, seine wirtschaftlichen und seine politischen Interessen selbst in die Hand nehmen.

Die aus solcher Erkenntnis erwachsenden Aufgaben durchzuführen, hat die „Deutsche Vereinigung“ mit dem Sitz in Bromberg in die Hand genommen, die gegen Ende November 1918 entstanden und nach sorgfältiger Vorbereitung am Sonntag, dem 22. Dezember, in Bromberg mit ihrer ersten großen Kundgebung an die Öffentlichkeit getreten ist. Die Deutsche Vereinigung sammelt alle Männer und Frauen der Ostmark, die sich zur deutschen Nationalität bekennen, mögen sie im übrigen einer politischen Partei angehören, welcher sie wollen, mögen sie Sozialdemokraten oder Zentrumsangehörige sein, mögen sie konservative oder liberale Volksgenossen oder bürgerliche Demokraten sein! Sie sind willkommen in der Deutschen Vereinigung, sofern sie bereit sind, sich unter dem Banner der deutschen Nationalität zu kultureller Arbeit zusammenzuschließen.

Um es vorweg zu nehmen, sei gleich betont, daß die Deutsche Vereinigung nicht den Kampf gegen Andersgefinnte auf ihre Fahnen geschrieben hat. Sie erkennt die Gleichberechtigung der Polen als deutsche Staatsangehörige im Rahmen der Verfassung uneingeschränkt an. Sie will lediglich der deutschen Minderheit in der Ostmark, Gleichberechtigung mit den Polen, die während der Revolution infolge des polnischen Vorgehens tatsächlich abhanden gekommen ist, erwerben und erhalten. Wir räumen, der Macht weichend, den Polen das Recht ein, ihre längst bestehenden nationalen Organisationen auszubauen, weil wir das selbe Recht für uns in Anspruch nehmen. Wir rücken ausdrücklich von der alten Methode ab, die vor dem Kriege Zerrissenheit und nationalen Haß in der Provinz verbreitet hatte, mögen die Methoden von Deutschen oder von Polen angewandt worden sein. Wir erstreben durchaus im Sinne jener Aufschrift vom 25. Februar dieses Jahres an die „Posener Neuesten Nachrichten“ ein friedliches Zusammenleben der Nationalitäten in der Wirtschaft, um nach den unsäglichen Opfern und Leiden des Krieges und der Revolution allen unseren Landsleuten die Segnungen des Friedens im weitesten Ausmaße zuteil werden zu lassen. Dazu gehört aber in erster Linie gegenseitige Achtung, und Achtung kann nur derjenige in Anspruch nehmen, der stark genug ist, sich zu behaupten. Die Achtung der Polen vor dem Deutschtum ist infolge der jämmerlichen Haltung der alten Regierungsorgane und der Unentschlossenheit der neuen Regierung gründlich in die Brüche gegangen. Sie gilt es durch die Volksgesamtheit wiederherzustellen. Das ist die Voraussetzung für alles übrige. Ebenso wie die Polen sich durch ihre nationale Einmütigkeit in mehr als hundertjährigem Kampfe unsere Achtung erkämpft haben, so müssen wir, um die Achtung der Polen zu gewinnen, einig sein in der Verteidigung unserer nationalen Rechte und in der Wahrnehmung unserer nationalen Pflichten. Solche Aufgabe im gegenwärtigen Augenblick zu erfüllen, ist nur möglich durch die Anerkennung des demokratischen Prinzips für die völkische Organisation. Nur auf der Grundlage des demokratischen Prinzips ist eine wirkungsvolle Zusammenfassung der Volks-

kräfte möglich. Dieses Bekenntnis ist maßgebend für den organischen Aufbau der Deutschen Vereinigung. Mit der Deutschen Vereinigung sollte kein neuer Verein ins Leben gerufen werden, kein Lummelplatz für Stammtischfreunden. Sie will ein ernstester Faktor für das gesamte deutsche Leben in Wirtschaft, Politik und Kultur sein, den auszubauen und zu stärken jeder Deutsche berufen ist. Daher beruht die Organisation der Deutschen Vereinigung nicht auf dem üblichen Vereinschema mit Geschäftsführer, Vorstand und Generalversammlung, sondern auf dem Zusammenschluß örtlicher Selbstverwaltungsorgane, wie sie als ein Ergebnis aus dem historisch Überkommenen und der Revolution entstanden sind.

Die Organe der Deutschen Vereinigung sind die Deutschen Volksräte: Ortsvolksräte, Kreisvolksräte, Gauvolksräte und Provinzialvolksräte, die sich weiterhin zu einem Hauptvolksrat der Ostmark zusammenschließen können, sobald ein Bedürfnis dafür zutage treten sollte. Auf dem platten Lande sollen etwa hundert deutsche Familien je einen Volksrat bilden, der mindestens drei Personen zu umfassen hat. Größere dörfliche oder städtische Siedlungen, in denen durch das Vorhandensein zahlreicher Gewerbe und Berufe eine größere und geringere Mannigfaltigkeit in der wirtschaftlichen Zusammensetzung der Bevölkerung besteht, wählen entsprechend größere Volksräte. In mittelgroßen Städten werden die Volksräte bereits so groß sein, daß die Aussonderung eines Arbeitsausschusses notwendig wird.

Die Volksräte eines Land- oder Stadtkreises bearbeiten die gemeinsamen Angelegenheiten in der „Kreisabordnung“, einer parlamentarischen Körperschaft von höchstens 150 Köpfen, die grundsätzlich mindestens einmal im Monat zu einer Tagung zusammentreten soll. Die Kreisabordnung wählt aus ihrer Mitte den „Kreisvolksrat“ mit höchstens 15 Mitgliedern.

Sämtliche Mitglieder der Kreisvolksräte eines Regierungsbezirkes bilden zusammen die „Gauabordnung“, die wie die Kreisabordnung eine parlamentarische Körperschaft ist und den „Gauvolksrat“ aus ihrer Mitte oder aus den besoldeten Kreisvolksräten wählt. Die Gauvolksräte einer Provinz bilden zusammen den „Provinzialvolksrat“.

Die Obmänner der Kreis-, Gau- und Provinzialvolksräte sollen ebenso wie die Schriftführer grundsätzlich besoldet werden. Die Finanzierung der Volksräte erfolgt durch Umlagen auf Beschluß der Kreisabordnung, die somit den Hauptträger des ganzen Systems bildet. Alle Wahlen innerhalb der Deutschen Vereinigung haben nach dem demokratischen, im Reichstagswahlrecht festgelegten Prinzip zu erfolgen.

Bisher haben sich in den Provinzen Posen und Westpreußen etwa fünfhundert Ortsvolksräte gebildet und der eine und andere Kreis ist völlig durchorganisiert. Die Ungunst der Verkehrsverhältnisse hindert die Arbeit auf das empfindlichste; sie geht dennoch voran, weil der Volksratsgedanke von allen Einsichtigen als der politische Hauptträger der deutschen Zukunft in der Ostmark erkannt ist.



Frankreich und die Deutschpolen

Don Dr. Max Hildebert Boehm



n dem großen Rätselraten, das das deutsche Volk in seiner gegenwärtigen verzweifeltsten Preisgegebenheit mit den Zielen und Absichten seiner Feinde treibt, spielt die Frage eine nicht geringe Rolle, wie von Ententegnaden jene Lebensfrage unserer nationalen Existenz entschieden werden wird, die heute schon viel eher die ostdeutsche Frage als die polnische genannt zu werden verdient. Es ist in den letzten Monaten zur Genüge dargetan worden, daß der Verlust